

Hauptausgabe

Die Südostschweiz  
7007 Chur  
081/ 255 50 50  
[www.suedostschweiz.ch](http://www.suedostschweiz.ch)

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 33'654  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.213  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 22  
Fläche: 27'800 mm<sup>2</sup>

## CONTRA

**Petra Gössi**  
Nationalrätin der  
FDP, Kanton  
Schwyz



«Die Initiative missachtet einen Grundpfeiler des dualen Systems.»

Die Stipendieninitiative will die Vergabe von Stipendien für Studierende vereinheitlichen. Dieser Vorschlag stösst vor allem bei Studenten auf offene Ohren. Allerdings ist die Initiative nicht durchdacht: Sie missachtet die in der Bundesverfassung

festgeschriebene, gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von allgemeinbildenden und berufsbezogenen Bildungswegen. Dies ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres dualen Bildungssystems. Weiter berücksichtigt die Vorlage den finanziellen Hintergrund der Studierenden nicht. Sie macht keinen Unterschied zwischen Studenten mit mehr oder weniger finanzkräftigem Umfeld.

### Unnötige Mehrkosten

Mit ihren Forderungen torpediert die Initiative zudem den Föderalismus. Die Vergabe von Stipendien wäre nicht mehr Sache der Kantone, sondern des Bundes. Die Tendenz der schleichenden Zentralisierung erachte ich aber als gefährlich, weil nicht jeder Kanton dieselben Ansprüche hat. Seit 2013 arbeitet das Stipendienkonkor-

dat, dem zehn Kantone beigetreten sind, an der Harmonisierung der 26 kantonalen Gesetzgebungen. Dieses Ziel soll durch die Festsetzung von Grundsätzen und Mindeststandards für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen auf Sekundarstufe II und Tertiärstufe erreicht werden. Die Initiative macht die kantonalen Bemühungen zunichte.

Würde die Initiative angenommen, hätte dies überproportionale Mehrkosten zur Folge: gemäss Initianten jährlich 500 Millionen Franken. Diese Ausgaben sind unnötig und ungerecht, weil die gleichwertige Anerkennung von Bildungswegen missachtet wird.

Bildung bleibt aber wichtig: Eine Erhöhung der Unterstützung des Bundes ist in der BFI-Botschaft 2017 – 2020 vorgesehen.

Hauptausgabe

Die Südostschweiz  
7007 Chur  
081/ 255 50 50  
[www.suedostschweiz.ch](http://www.suedostschweiz.ch)

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 33'654  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.213  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 22  
Fläche: 27'800 mm<sup>2</sup>

# Soll man der Stipendieninitiative zustimmen?

## PRO

**Maya Graf**  
Nationalrätin der  
Grünen, Kanton  
Baselland



«Zugang zu  
Bildung muss  
allen Menschen  
offenstehen.»

**D**ie Initiative der Studierenden verlangt eine bundesweite Harmonisierung der Stipendienvergabe für tertiäre Ausbildungen. Der Zugang zu dieser Bildung muss allen Menschen mit den Fähigkeiten und dem Willen dafür offenstehen. Dies ist nicht nur ein öffentlicher Auftrag, sondern ein «Muss» für unsere ge-

sellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Talent zu fördern, darf nicht von den finanziellen Verhältnissen des Einzelnen abhängen.

Leider weist der Bildungsbericht Schweiz nach wie vor darauf hin, dass Kinder aus Akademikerfamilien besseren Zugang zu höherer Bildung haben. Warum sollte eine Nidwaldnerin härtere Bedingungen für ein Studium an der FH Bern haben als ihr Walliser Kollege, der auch aus einer einkommensschwachen Familie kommt?

### Positiv für die Fachkräfte

Heute beträgt der Pro-Kopf-Wert an Stipendien im Kanton Jura pro Semester 76 Franken, in Schaffhausen hingegen nur 20 Franken. Derzeit erhalten nur etwa neun Prozent der rund 225 000 Studierenden in der

höheren Berufsbildung und an Hochschulen ein Stipendium. 75 Prozent sind erwerbstätig, der Trend geht zu Vollzeitausbildungen mit hohem Leistungs- und Abschlussdruck – Bologna lässt grüssen.

Die Initiative fordert zu Recht, dass der Bund ein einheitliches System für Stipendien festlegt, um den minimalen Lebensstandard von Studierenden zu gewährleisten. Diese Förderung hilft auch, die Fachkräfteinitiative umzusetzen: Stipendien sind für Ausbildungen wichtig, neben denen man nicht arbeiten kann. Hier sind die Fachkräfte besonders knapp. Die Ausdehnung auf die höhere Berufsbildung ermöglicht die Förderung gestandener Berufleute und schöpft das Potenzial von Wiedereinsteigerinnen aus.